

Dirk-Uwe Klaas, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Fertigungsbau (BDF), erklärt anlässlich der Jahres-Wirtschaftspressekonferenz des BDF am 6. September 2004 in Düsseldorf

---

## **Reformvorschlag: Eigenheimzulage nur noch für Familien mit Kindern**

Die Rahmenbedingungen, die uns die Politik setzt, haben starken Einfluss auf die Entwicklung unserer Branche. Leider scheint sich die Politik - insbesondere die Politik der jetzigen Bundesregierung – der Bedeutung des privaten Wohneigentums nicht bewusst zu sein. Immer wieder sägt Hans Eichel an der Eigenheimzulage, und nach deren Kürzung zum Jahresanfang hat die Bundesregierung im Juli zum wiederholten Mal die völlige Abschaffung beschlossen.

Ordnungspolitisch ist gegen die Streichung von Subventionen nichts einzuwenden. Das sagen selbst wir als Wirtschaftsverband. Im Gegenteil: wie würden es begrüßen, wenn sämtliche Subventionen gestrichen würden, wenn dafür den Unternehmen und Haushalten mehr Geld in der Tasche verbliebe. Dies muss das mittelfristige Ziel der Politik sein. Die einseitige Streichung der Eigenheimzulage hingegen zum jetzigen Zeitpunkt lehnen wir ab. Denn es ist nicht einzusehen, dass der Staat weiterhin die Zahntechniker, die Nachtspeicherheizungen, die Steinkohle und die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein subventioniert, vielen Häuslebauern jedoch den Traum vom eigenen Heim zerstört.

***Gegen einseitige Abschaffung  
der Eigenheimzulage***

Der kompensationslose und einseitige Verzicht auf die Eigenheimzulage ist für die Bauwirtschaft insgesamt verheerend. Auch wenn unsere Unternehmen schon seit geraumer Zeit mit der Abschaffung der Eigenheimzulage rechnen müssen, wären die Folgen dieser Maßnahme drastisch. Denn aus unserer Branchenumfrage geht hervor, dass über 80 Prozent der potenziellen Bauherren durch die anhaltende Diskussion und fehlende Planungssicherheit bereits heute verunsichert sind. Schon die halbierte Eigenheimzulage hat aus Sicht der Unternehmen – und die Zahlen für das laufende belegen dies - zu einer Zurückhaltung der Bauherren geführt. Und der wichtigste Punkt: unsere Unternehmen schätzen, dass die völlige Abschaffung der Eigenheimzulage zu rund 15 Prozent Umsatzrückgang führen wird. Jedes sechste Haus würde also ohne Eigenheimzulage voraussichtlich nicht mehr gebaut. Tausende von Arbeitsplätzen in der gesamten Bauwirtschaft würden wegfallen.

**80 % Prozent der  
Bauherren verunsichert**

**Jedes 6. Haus würde voraus-  
sichtlich nicht mehr gebaut**

Bei der gesamten Diskussion wird oft die gesellschaftspolitische Dimension übersehen: Der 2002 veröffentlichte Bericht des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung zur Inanspruchnahme der Eigenheimzulage sagt klar aus, dass die Zulage eindeutig zur Wohneigentumsbildung bei Normalverdienern beiträgt. Die Empfänger der Zulage für Neubauten seit 1996 verfügten im Durchschnitt über ein Haushaltsnettoeinkommen von in Westdeutschland 2.914 € und in Ostdeutschland 2.556 € im Monat. Wir haben es

**Eigenheimzulage  
fördert Normalverdiener**

also in der Praxis mit einem Facharbeiter-Ehepaar zu tun; da kann der Bundesfinanzminister wohl kaum von Besserverdienenden sprechen.

Das eigene Haus ist angesichts immer größerer Unsicherheit bei Rente und Sozialversicherung zunehmend ein wichtiger Bestandteil der privaten Altersvorsorge. Wer keine Miete zahlen muss, hat mehr von der Rente, so einfach ist die Rechnung: Genau deshalb ist das Wohneigentum bei den Deutschen die am besten akzeptierte Form der privaten Vermögensbildung. Eine Umfrage im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur ergab kürzlich, dass 58 Prozent der Deutschen Immobilien für die attraktivste Geldanlage überhaupt halten. Einer Anlage in Aktien misstrauen dagegen die weitaus meisten Menschen. Angesichts dieser Stimmung ist eine Steuer- und Sozialabgabenfreie Zulage auf Wohneigentum eine überaus sinnvolle Förderung der notwendigen und politisch gewollten privaten Altersvorsorge.

Vor allem durch die Kinderkomponente hat die Eigenheimzulage zudem ein hohes Gewicht als Instrument der Familienförderung. Wieder liefert der Bericht des Bundesamtes für Bauwesen das beste Argument für die Zulage. Bis 2002 waren nämlich fast 60 Prozent aller Förderfälle Familien mit Kindern. Insgesamt stellen in Deutschland Familien mit Kindern nur rund ein Drittel aller Haushalte, Familien sind also unter den Empfängern der Eigenheimzulage weit überproportional – nämlich doppelt so stark - vertreten.

***Wohneigentum für die Altersvorsorge immer wichtiger***

***Eigenheimzulage ist Familienförderung***

Die Alternative zu einer kompletten Streichung im Rahmen eines umfassenden Subventionsabbaus ist die kurzfristige und gezielte Umgestaltung der Eigenheimzulage. Der Bundesverband Deutscher Fertigung hat dazu einen eigenen – ebenso einfachen wie sinnvollen - Reformvorschlag:

Wir schlagen vor, die Eigenheimzulage auf Haushalte mit Kindern zu beschränken. Dabei kann die Grundförderung von 1.250 € pro Jahr wegfallen. Statt dessen wird die Kinderzulage von jetzt 800 € auf 1.600 € je Kind verdoppelt. Damit würden Familien mit Kindern wirksam gefördert, und der Staat würde trotzdem weniger ausgeben als nach dem bisherigen Modell. Die Einkommensgrenzen (derzeit brutto 70.000 € für Ehepaare pro Jahr und 35.000 € für Alleinstehende) blieben erhalten, der bürokratische Aufwand für die Neugestaltung hielte sich in engen Grenzen.

Unter dem Strich steht ein zählbarer Vorteil für alle Familien mit zwei oder mehr Kindern. Eine Beispielrechnung: Nach dem heute geltenden Modell bekommt eine Familie mit zwei Kindern erstens die Grundförderung in Höhe von 1.250 € und zweitens jährlich 1.600 € Kinderzulage, beides acht Jahre lang. Das ergibt eine Fördersumme von insgesamt 22.800 €. Nach dem neuen Modell muss die gleiche Familie zwar auf die Grundförderung verzichten, erhält aber acht Jahre lang 3.200 € Kinderzulage. Das macht 25.600 € Fördergeld, also 2.800 € mehr als derzeit. Eine Familie mit drei Kindern würde 9.200 € mehr

### ***Reformvorschlag des BDF***

### ***Grundförderung abschaffen***

### ***Kinderzulage verdoppeln***

### ***Familie mit 2 Kindern***

***hätte 2.800 € mehr***

bekommen, und selbst die Familie, die nur ein Kind hat, würde immer noch 75 % der jetzigen Fördersumme erhalten.

Dabei spart der Staat zugleich erhebliche Summen, nämlich über den Förderzeitraum von acht Jahren insgesamt 2,53 Mrd. €. Grundlage dieser Rechnung sind 242.000 geförderte Kinder – exakt die Zahl, mit der das Bundesministerium für Finanzen in diesem Jahr rechnet. Statt 5,89 Milliarden € für die nächsten acht Jahre würde der Staat nur noch 3,36 Mrd. € für die Eigenheimzulage bis 2012 aufwenden. Dies macht eine Einsparung bei Bund und Ländern von 40 Prozent aus.

***Staat spart 2,53 Mrd. €***